

position

DGB

4-Punkte-Programm für einen Kurswechsel in Europa

Impressum

Herausgeber:

DGB Bundesvorstand

Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

Henriette-Herz-Platz 2

10178 Berlin

www.dgb.de

verantwortlich:

Claus Matecki, Vorstandsbereich 05

erarbeitet von:

Dr. Mehrdad Payandeh

Redaktion:

Carina Ortmann

Layout:

Fotos | Abbildungen | Grafiken: DGB

Stand: Dezember 2011

Fragen an:

Carina Ortmann

030-2 40 60 727

carina.ortmann@dgb.de

Hinweis:

Bestellungen von Broschüren und Materialien des DGB bitte nur über den Online Bestellservice:

www.dgb-bestellservice.de

Bestellungen für Besteller/-innen ohne Zugang zum Internet bitte nur schriftlich an:

PrintNetwork pn GmbH · Stralauer Platz 33 – 34 · 10243 Berlin

Inhalt

1. EZB als Stabilitäts- und Rettungsanker	Seite 04
2. Vereinbarung zu einer konjunktur- und verteilungsgerechten Fiskalpolitik.....	Seite 05
3. Ein umfassendes Zukunftsprogramm, ein „New Deal“ für Europa.....	Seite 06
4. Wirksame Regulierungsvorschriften für Finanzmärkte	Seite 08

Die europäische Integration befindet sich in der größten und schwersten Krise ihrer Geschichte. Die Situation in der Eurozone ist inzwischen alarmierend. Die OECD schließt nicht mehr aus, dass die Eurozone in eine tiefe Rezession fällt, die im Einbruch des Welthandels mündet. An dieser Eskalation der Krise trägt die Politik eine schwere Mitschuld. Alle Versuche der Politik, Märkte zu beruhigen und sie von der Richtigkeit und Notwendigkeit der Rettungsmaßnahmen zu überzeugen, schlagen bis heute fehl. Die Eurozone droht an einem zutiefst undemokratischen, zaghaften, zögerlichen und falschen Krisenmanagement zu zerbrechen.

Statt die tiefer liegenden Krisenursachen zu beseitigen, wird den Ländern ein rigoroser Kurs von Lohn- und Sozialkürzungen aufgezwungen. Öffentliches Eigentum wird privatisiert und öffentliche Daseinsvorsorge zur Disposition gestellt. Sehr hohe Einkommen und große Vermögen werden nicht zur Schuldentilgung herangezogen. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter. Die Arbeitsmärkte werden dereguliert, der Kündigungsschutz gelockert, Niedriglöhne etabliert, Tarifautonomie untergraben und das Renteneintrittsalter angehoben. Mit diesem Schrumpfkurs wird der ohnehin geschwächten Weltwirtschaft massiv Kaufkraft entzogen. Wenn überall gespart wird, wenn überall gekürzt wird, gehen Umsatz und Geschäftsaussichten zurück. Investitionen und Innovationen bleiben aus, Produktionseinbrüche sind programmiert, eine Beschäftigungskrise folgt dann unausweichlich. Ohne Wachstum und Beschäftigung verlieren Staatsfinanzen ihr ökonomisches Fundament. Der Schuldenberg wächst, statt zu schmelzen.

Deshalb plädieren die Gewerkschaften für einen raschen Kurswechsel. Die bisherigen Maßnahmen führen unsere Gesellschaften in eine Sackgasse aus Armut, Ungleichheit, Rezession und letztlich höherer Verschuldung, politischer Instabilität und der Gefährdung der bisherigen Integrationsfortschritte. Die Europäische Integration darf nicht zur Disposition stehen. Wir fordern deshalb vor allem die deutsche Bundesregierung auf, die Schlüsselrolle der EZB als Kreditgeber der letzten Instanz und die Einführung von Eurobonds nicht länger blockieren. Elite-Bonds für sechs Staaten mit einem AAA-Rating würden die Kapitalbewegungen aus den Krisenländern in diese neue Ländergruppe unnötig befeuern und den Zerfallsprozess der Eurozone beschleunigen. Das ist dann eine faktische Spaltung der Eurozone. Europa braucht eine gesamteuropäische Perspektive und keine Politik, die länderspezifische Partikularinteressen verfolgt. Wir wollen eine gemeinsame Zukunft für alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Wir wollen ein gerechtes Europa, ein prosperierendes und ein demokratisches Europa frei von Zukunftsängsten, frei von Armut, mit Teilhabe an Arbeit, Vermögen und Wohlstand für alle.

Deshalb schlagen wir folgendes Programm für Europa vor:

1. EZB als Stabilitäts- und Rettungsanker

Der Eurozone fehlt ein Stabilitäts- und Rettungsanker, der die Märkte beruhigt, an dem sich alle Anleger orientieren. Es fehlt eine glaubwürdige Institution, die den Kurs vorgibt und die Zinsen für Staatsanleihen auf ein volkswirtschaftlich verträgliches Niveau drückt. Der Rettungsfonds (EFSF) ist in der jetzigen Form weder in der Lage, die Anleger zum Kauf von Staatsanleihen der Krisenländer zu überzeugen noch verfügt er selbst über Finanzmittel, um als Käufer letzter Instanz die Staatsfinanzen zu hinnehmbaren Bedingungen zu kaufen. Die einzige Institution, die diese Funktion glaubhaft ausüben kann und an der sich die Märkte orientieren werden, ist die Europäische Zentralbank. Sie ist und bleibt der Dreh- und Angelpunkt jeder vernünftigen Lösung in der gegenwärtigen Krise. Jede Zentralbank ist und bleibt in einer entwickelten Volkswirtschaft der einzig glaubhafte Kreditgeber letzter Instanz. Nur sie kann unbegrenzt Staatsan-

leihen aufkaufen. Nur sie kann den Märkten Orientierung geben. Nur sie kann das Ausfallrisiko beim Erwerb von Staatsanleihen glaubhaft ausschließen. Deshalb muss die EZB nicht nur gegenüber den Banken, sondern Staaten als Kreditgeber der letzten Instanz (Lender of Last Resort) fungieren und ausreichend Liquidität bereitstellen.

Die Satzung der EZB untersagt ihr heute den direkten Ankauf von Staatsanleihen. Damit kann die EZB ihre Funktion als Kreditgeber letzter Instanz nicht wahrnehmen. Deshalb schlagen wir vor, dass der Rettungsfonds (EFSF) mit einer Banklizenz ausgestattet wird, um sich wie jede andere Geschäftsbank bei der EZB refinanzieren zu können. Dadurch kann der Rettungsfonds seine Kreditkapazität unbegrenzt ausweiten und notfalls unbegrenzt zu günstigen Bedingungen die Staatsanleihen aufkaufen.

Um die zutiefst verunsicherten Anleger zum Kauf von Staatsanleihen aktiv zu bewegen, soll der Rettungsfonds (EFSF) zusätzlich zu einer Kreditausfallversicherung ausgebaut werden. Die EFSF kündigt an, dass sie allen Anlegern eine kostenlose Kreditausfallversicherung anbietet, wenn sie ebenfalls zu diesem EFSF-Zinssatz die Staatsanleihen aufkaufen. Der Rettungsfonds bietet den Anlegern kostenlose 100-prozentige Sicherheit gegen die Akzeptanz eines politisch festgesetzten niedrigen Zinssatzes. Sie gilt dann als Zinsobergrenze für alle Staatsanleihen der Eurostaaten als Preis für die Kreditausfallversicherung.

Mit der EFSF-Doppelfunktion als Bank und Kreditausfallversicherung entfällt das Risiko der Insolvenz eines Krisenlandes und damit des Ausfalls der Schulden fast vollständig. Der drohende Bankenkollaps ist gebannt.

Die monetäre Stabilisierung der Eurozone würde das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik wiederherstellen und eine allgemeine Zuversicht auslösen. Das würde Wachstum und damit Beschäftigung fördern und ein ökonomisches Fundament für ein solides Haushalten vor allem in den Krisenländern legen.

2. Vereinbarung zu einer konjunktur- und verteilungsgerechten Fiskalpolitik

Als notwendige Ergänzung zur Sicherstellung der Refinanzierung der Staatsschulden brauchen wir eine intensivere und verbindlichere Koordination der nationalen Fiskalpolitiken. Hierfür müssen sich die Mitgliedstaaten über den Konjunkturzyklus hinweg auf eine konjunktur- und verteilungsgerechte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte insbesondere durch Steuermehreinnahmen verpflichten. Dabei spielen Steuermehreinnahmen auf hohe Einkommen und Vermögen eine wesentliche Rolle. Es ist richtig, dass Steuereinnahmen und nicht Verschuldung in Phasen guter und stabiler Konjunktur Quelle der Staatsfinanzierung sein sollen. Kein Land darf Steuerdumping als Wettbewerbspolitik auf Kosten anderer Länder einsetzen. Mit dem Prinzip „starke Schultern müssen stärker zum Allgemeinwohl beitragen“ unterstützt das Steuersystem die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen. Schulden stehen immer Vermögen gegenüber: Das starke Anwachsen großer Vermögen ist eine der Triebkräfte für hohe Staatsverschuldung. Hier muss künftig für nachhaltigen Ausgleich gesorgt werden. Europaweit sollte geprüft werden, substanzielle Steuern auf große Vermögen zu erheben, um die Staatsverschuldung auf sozial gerechte Weise kräftig zu reduzieren.

3. Ein umfassendes Zukunftsprogramm, ein „New Deal“ für Europa

Die Krise in der Eurozone ist nicht nur eine Krise der Staatsfinanzen. Sie ist auch eine Wirtschaftskrise. Die Krisenländer bewegen sich zwischen Depression und bestenfalls Stagnation. Selbst Länder mit – noch – stabilen Staatsfinanzen steuern auf eine Rezession zu.

Europa, insbesondere die Krisenländer brauchen nicht nur eine Fiskalunion, sondern auch ein umfassendes europäisches Zukunftsprogramm, um aus der gegenwärtigen Krise herauszuwachsen. Ein solches Zukunftsprogramm muss langfristig angelegt sein. Es muss Investitionen in zukunftsfähige Industrien und Dienstleistungen ermöglichen, Bildung und ökologische Modernisierung fördern und vor allem den Entwicklungsrückstand in den peripheren Regionen Europas beseitigen. Letzteres insbesondere um der wachsenden Arbeitslosigkeit, besonders der Jugendarbeitslosigkeit, entgegenzutreten. Das Programm ist ein zentrales Instrument zur Reduzierung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedsländern und unterstützt so auch den Abbau der Handels- und Leistungsbilanzungleichgewichte. Gleichzeitig muss in den Überschussländern, insbesondere Deutschland, die Binnennachfrage durch höhere Masseneinkommen und eine Stärkung öffentlicher Investitionen und Beschäftigung kräftig gesteigert werden.

Damit vereint dieses Zukunftsprogramm Elemente eines Konjunkturprogramms, einer Modernisierungsoffensive, eines Marshallplans für die krisengeplagten Länder und einer aktiven Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Handwerkspolitik. Europas Zukunft muss dabei gemeinsam und europäisch gestaltet werden. Vordringlich sind dabei Investitionen in die energetische Gebäudesanierung, erneuerbare Energien, energiesparende Maschinen und Anlagen, u. a. paneuropäische Infrastrukturprojekte sowie moderne und die Umwelt schonende Mobilitätskonzepte. In gleichem Maße sind auch flächendeckende soziale Dienstleistungen, der Ausbau von Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Forschungsinstituten ebenso wie Integrationsprojekte als Zukunftsaufgaben zu begreifen. Die Qualität der Bildung muss europaweit verbessert werden: Zu viele junge Menschen verlassen die Schule ohne Abschluss, zu viele sind gering qualifiziert und zu wenige haben eine Hochschulbildung. Bildung von Anfang an, ein Leben lang muss als Konzept zur Prävention und Bewältigung von Krisen gesehen werden. So können Millionen neue, sinnvolle und innovative Arbeitsplätze entstehen. Es gilt hierfür Finanzquellen zu erschließen.

Europa ist reich und zugleich arm. In Europa wurden 2010 rund 28.000 Mrd. Euro¹ Vermögen verwaltet. Dieser Vermögensschwemme gegenüber stehen immer mehr private Haushalte und die öffentliche Hand, die unter einer chronischen Unterfinanzierung leiden. Während Steuersenkungen die Haushaltslage der öffentlichen Hand ruinierten, wuchsen gleichzeitig die privaten Vermögen. Während die politische Förderung des Niedriglohnsektors die Existenzgrundlage vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefährdete und Armut trotz Arbeit für viele zum Alltag wurde, florierten Geschäftsmodelle, die ausschließlich auf den Armutslöhnen aufbauten. Das muss sich ändern. Deshalb sollten die Niedriglöhne auch politisch bekämpft und die enorm ungleiche Verteilung von Vermögen mittels einer stärkeren Besteuerung langfristig auf eine volkswirtschaftlich hinnehmbare Größe abgebaut werden. Es wird die Finanznot der Euroländer

¹ Allianz Global Wealth Report 2011:

https://www.allianz.com/static-resources/assets/homepage/de/gwr2011/v_1315816902000/globalwealthreport2011de.pdf

insgesamt mildern und einen gewichtigen Beitrag zur Konsolidierung der durch die Finanz- und Wirtschaftskrise verursachten Überschuldung der Euroländer leisten.

Zusätzlich wollen wir diese Vermögen im Interesse der Menschen, der Umwelt und der Zukunft für die Realwirtschaft mobilisieren. Wir wollen einen „New Deal“ schaffen. Deshalb soll dieses ambitionierte Zukunftsprogramm durch die Ausgabe einer europäischen Zukunftsanleihe finanziert werden. Diese wird am europäischen Kapitalmarkt von der bereits existierenden „Europäischen Investitionsbank“ platziert. Das dadurch organisierte Kapital wird einem zu diesem Zweck zu gründenden „Europäischen Zukunftsfonds“ zugeführt. Zur Übersicherung der Zukunftsanleihen benötigt der Fonds als Schuldner haftendes Eigenkapital.

Zur Finanzierung des Zukunftsfonds schlägt der DGB zwei Modelle vor:

1. Das haftende Eigenkapital des Fonds wird nicht durch Steuermittel, sondern durch ein einmaliges zinsloses Darlehen der Reichen finanziert. Jeder Reiche mit einem Vermögen ab 500.000 Euro (Ledige) bzw. 1 Mio. Euro (Verheiratete) gewährt dem Fond ein zinsloses Darlehen in Höhe von drei Prozent seines Vermögens für eine Dauer von 10 Jahren. So stellen die Vermögenden ohne große Kosten einen dreistelligen Milliardenbetrag für das europäische Gemeinwohl zur Verfügung. Die Reichen leisten einen überfälligen Beitrag zur Krisenbewältigung und zum Aufbau Europas.

Nach 10 Jahren wird das zinslose Darlehen den Darlehengebern zurückgezahlt. Die Darlehengeber können als Alternative auf die Erstattung des verliehenen Kapitals vollständig verzichten. Im Gegenzug können sie „Ihre Spenden für die Zukunft Europas“ mit ihrer Steuerlast verrechnen. Während der 10 Jahre bildet der Fonds aus den laufenden Einnahmen und Zinserträgen, die von der EZB kommen, einen stabilen Kapitalstock, um auch nach 10 Jahren als erstklassiger Schuldner am Markt fungieren zu können oder

2. Das haftende Eigenkapital des Fonds wird nicht durch Steuermittel, sondern durch eine einmalige Vermögensabgabe der Reichen finanziert, die in Höhe von drei Prozent auf Vermögen ab 500.000 Euro (Ledige) bzw. 1 Mio. Euro (Verheiratete) erhoben werden. So stellen die Vermögenden ohne große Kosten einen dreistelligen Milliardenbetrag für das europäische Gemeinwohl zur Verfügung. Die Reichen leisten einen überfälligen Beitrag zur Krisenbewältigung und zum Aufbau Europas.

Das haftende Kapital wird von der Europäischen Investitionsbank verwaltet und lediglich zur Übersicherung der Zukunftsanleihen verwendet, die eine hohe Solvenz des Zukunftsfonds und die Erstklassigkeit von Zukunftsanleihen gewährleistet und damit zu einer niedrigen Verzinsung der Zukunftsanleihen beiträgt. Das Kapital wird bei der EZB sicher angelegt.

Die laufenden anfallenden Zinszahlungen für die Zukunftsanleihen selbst, kann die Staatengemeinschaft aus Steuer Mehreinnahmen begleichen, die mit einem höheren Wachstum einhergehen, oder durch neue Steuerarten (wie die Finanztransaktionssteuer) ergänzt werden. Allein die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer würden mindestens 50 Mrd. Euro bereitstellen.

Der beschriebene „New Deal“ verlangt ein Umdenken bei den gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen

mischen Akteuren. Insgesamt verpflichten sich die Mitgliedstaaten dazu, auf Versuche zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsposition gegenüber anderen EU-Staaten mittels Steuer-, Lohn-, Sozial- und Umweltdumping zu verzichten. Ein Wettlauf bzw. eine Spirale nach unten muss verhindert werden, darunter würden sonst letztlich die Menschen und die Wirtschaft in allen Staaten der EU leiden. Deshalb müssen schrittweise Steuersysteme gerechter gestaltet und harmonisiert, Niedriglohnbereiche ausgetrocknet, soziale Sicherungssysteme gestärkt und europäische Volkswirtschaften ökologischer werden.

4. Wirksame Regulierungsvorschriften für Finanzmärkte

Europas Finanzmärkte müssen wirksam reguliert und volkswirtschaftlich schädliche Geschäfte und Produkte eingedämmt werden. Zwar würde eine dauerhafte Stabilisierung der Staatsfinanzen auch die Gefahr einer Bankenkrise entschärfen. Dennoch gilt es, die chronische Unterkapitalisierung der europäischen Banken durch härtere Eigenkapitalvorschriften mittelfristig zu lösen, damit sie mögliche Verluste künftig aus eigener Kraft bewältigen können.

Hierzu müssen alle am Finanzmarkt aktiven Finanzinstitute (Banken, Investmentfonds und Versicherungen) unter gleiche Mindest-Regulierungsvorschriften und Eigenkapitalquoten gestellt werden, damit keine Ausweichmöglichkeiten bleiben und Schattenbanksysteme erst gar nicht entstehen. Zum Schutze des Gemeinwohls sollten manche Branchen wie Versicherungen nach wie vor strenger durch zusätzliche Auflagen reguliert sein. Die systemrelevanten Banken und Finanzinstitute sollen schrittweise zerschlagen werden, damit die Insolvenz eines einzigen Finanzinstituts nicht zur Insolvenz ganzer Volkswirtschaften führt. Deutlich höhere Eigenkapitalanforderungen für das Investmentbanking und die Trennung von Investmentbanking und Geschäftsbankenfunktion sind nötig. Banken sollen zu ihrer dienenden Funktion als Kreditgeber für die Realwirtschaft und als Brücke zwischen Ersparnissen der Bürger und den Investitionen zurückgeführt werden. Deshalb müssen riskante Finanzgeschäfte massiv eingedämmt und der Eigenhandel der Banken mit ihren eigenen Finanzprodukten untersagt werden. Der Staat muss die Gesellschaft vor komplizierten und volkswirtschaftlich schädlichen Finanzprodukten schützen. Deshalb muss eine öffentliche Zulassungsstelle bei der Europäischen Finanzaufsicht eingerichtet werden, die die Finanzprodukte auf Kosten der Emittenten auf ihren volkswirtschaftlichen Nutzen hin prüft und gegebenenfalls verbietet. Sehr komplexe und damit schwer durchschaubare Produkte, die nicht einmal die Emittenten selbst verstehen, gehören generell verboten.

Veröffentlichungen der Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik:

profil **DGB**

Privatisierung – Verscherbung kommunalen Tafelsilbers
Auswirkungen auf den Staat, die Verbraucher und die Beschäftigten

DGB Bundesvorstand | Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik | Januar 2011 | profil

profil **DGB**

Zur Krise in der Eurozone
Europa neu justieren
Wachstum fördern,
Beschäftigung sichern,
Euro stabilisieren

DGB Bundesvorstand | Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik | April 2011 | profil

Bestellungen bitte über das
DGB-Online-Bestellsystem:
www.dgb-bestellservice.de

Schriftliche Bestellungen NUR für
Bestellerinnen/Besteller ohne Zugang
zum Internet bitte nur schriftlich an:
PrintNetwork pn GmbH
Stralauer Platz 33 – 34
10243 Berlin

standpunkt **DGB**

Nr. 03/2011 14. Oktober 2011
DGB Bundesvorstand, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

Die neuen OECD Guidelines für multinationale Unternehmen – Eine Bestandsaufnahme aus gewerkschaftlicher Sicht

Die OECD-Leitsätze sind Empfehlungen der OECD-Regierungen an multinationale Unternehmen aus und in ihren Ländern. Sie beschreiben gute Geschäftspraktiken in den Bereichen Beschäftigung und Beziehungen zwischen den Sozialpartnern, Umwelt, Offenlegung von Informationen, Verbraucherschutz sowie Fragen der Besteuerung und Korruptionsbekämpfung. Die OECD-Staaten haben sich auf diese Regeln geeinigt und sich völkerrechtlich verpflichtet, ihre Bekanntheit zu erhöhen und ihre Einhaltung zu fördern. Diesem Ziel haben sich auch einige weitere Staaten, die nicht OECD-Mitglied sind, angeschlossen. Die Leitsätze sind für die Unternehmen zwar nicht rechtsverbindlich – aber auch nicht beliebig, weil die Staaten die Verpflichtung übernommen haben, die Einhaltung der Standards zu fördern: Die Regierungen müssen bei Beschwerden aktiv werden und darauf hinwirken, dass das betreffende Unternehmen sein Fehlverhalten korrigiert. Für diesen Zweck gibt es so genannte Nationale Kontaktstellen (NKS) in den Unterzeichnerstaaten. Die Leitsätze bestehen seit 1976 und wurden 2000 grundlegend überarbeitet. Zwischen 2010 und Mai 2011 wurden die OECD-Leitsätze nun erneut überarbeitet. Die neuartigen OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen wurden anlässlich der 50-Jahrfeier der OECD Ende Mai 2011 in Paris unterzeichnet. Der DGB hat kontinuierlich, auch über seine institutionelle Vertretung durch das Trade Union Advisory Committee (TUAC) bei der OECD, an der Überarbeitung der OECD-Leitsätze mitgearbeitet. Die gewerkschaftlichen Schwerpunkte für eine Neugestaltung der OECD-Leitsätze waren die Einführung eines Menschenrechtskapitels, die Klärung prozeduraler Fragen (besonders im Zusammenhang mit der Ausgestaltung und Effektivität der nationalen Kontaktstellen) und die gewerkschaftlich besonders relevanten Fragen nach gerechter Entlohnung, Mindestlöhnen, Arbeitnehmerrechten und gewerkschaftlicher Interessenvertretung in multinationalen Unternehmen weltweit.

DGB Bundesvorstand, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik
Verantwortlich: Claus-Michael Sperdy, www.dgb.de, 10178 Berlin, kontakt_schreib@service.dgb.de
Abonnement für „klartext“ und „standpunkt“ unter: www.dgb.de/standpunkt

Seite 1 von 5

klartext **DGB**

Nr. 38/2011 31. Oktober 2011
DGB Bundesvorstand, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

Eurokrise: Alles wird gut?

Angela Merkel will ganz Europa nach deutschem Vorbild formen und drückte dem Eurogipfel ihren Stempel auf. Schuldenbremse, Haushaltsdisziplin und kein Geld für Krisenländer ohne Sparpaket, sprich Sozialabbau. Berlusconi kam folglos mit der Rente ab 67 aus Rom zurück. Sarkozy legt ein 2. Sparpaket auf. Spanien muss den Arbeitsmarkt „reformieren“. Die dänischen Mitgliedstaaten – bekräftigen ferne ihre unumstößliche Entschlossenheit, ... all ihre Verpflichtungen zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik und zu Strukturformen voll einzuhalten.“ (Gipfelerklärung) Alles wird gut! Die Finanzmärkte schlossen Kursverluste ab, ist das Zittern vor neuen Gipfeln vorbei? Hat der EFSF Rettungsschirm jetzt die erforderliche Feuerkraft? Hilft die Schuldenschnitt Griechenland? Engart uns die Rekapitalisierung der Banken neue Pflichten? Bei der EFSF geht es jetzt nicht mehr um Milliarden, sondern um Billionen. Aber mit dem Hebel steigt das Risiko. Deshalb „Versicherung“? Investoren sollen zum Kauf von Anleihen krisenloser Staaten motiviert werden, indem die EFSF für 20–25 % garantiert. Diese „Teil-kasko“ ermöglicht es, mit den 250 Mrd. Euro der EFSF Anleihen im Wert von einer Billion abzusichern. Anleger müssten im Notfall bei 50 %-Schuldenschnitt mit 25 % Verlust rechnen. Ideal für Spekulanten, die Risikoaufschläge hochtreiben oder auf Kreditausfall setzen – wie gehabt. Jeder Staat merkt dieses Szenario. So wird die Ansteckung Italiens oder Spaniens kaum verhindert. Warum sollten Anleger die Anleihen eines Krisenlandes kaufen, die bald vielleicht nur noch die Hälfte wert ist? Da setzen die Euroretter auf die Schwellenländer oder Japan. Aber Brasilien, Russland und Indien haben bereits abgeholt, um mit ihrer Dividen-Milliarden zu helfen. Alle Hoffnungen gelten nun China und Japan.

Wenn aber niemand die Staatsanleihen will, bleibt nur die EZB als letzter Geldgeber. Dieser ganze Konstrukt funktioniert nicht. Stattdessen sollte die EFSF in eine Bank für öffentliche Anleihen umgebaut werden. So wäre eine Refinanzierung über die EZB möglich und die Staatsfinanzierung könnte zum Teil vom Finanzmarkt endospiert werden. Merkel und Sarkozy werden dafür gelobt, die Banken endlich an die Kassa zu nehmen. Ihre Beteiligung am einseitigen Schuldenschnitt – 100 Mrd. Euro – scheint eindrucksvoll. Aber die Staatsfonds gewährt eine Ausfallgarantie über 30 Mrd. Euro, mit der ein weit höherer Betrag abgeschrieben werden kann. Zweifelhafte Kursgewinne zeigen, dass die Banker zufrieden sein können. Zwar müssen sie bis Mitte 2012 ihre Eigenkapitalquote auf 9 % erhöhen. Die Rekapitalisierung darf aber über private Investoren und durch die Nationalstaaten erfolgen. Fehlen diesen die Mittel, soll die EFSF über Darlehen helfen. Sofort verkündeten alle Banken, die Kapitalaufstockung sei kein Problem (siehe Grafik). Klar. Sonst müssten Banker auf Boni und Anleger auf Dividenden verzichten. Ob die Kreditvergabe leidet? Statt ein Investitionsprogramm und einen Mandatgeber für Solvenz aufzulegen, riskieren Merkel und Sarkozy die Ausweitung der Reaktionsgefahr. Italiener und Spanier ist die Verleumdung Griechenlands eine Warnung. Auch sie kämpfen gegen Rentenlöhningen, Sozialabbau und Privatisierungen.

Kapitalquote der europäischen Banken vor und nach dem EFSF

DGB Bundesvorstand, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik
Verantwortlich: Claus-Michael Sperdy, www.dgb.de, 10178 Berlin, kontakt_schreib@service.dgb.de
Abonnement für „klartext“ und „standpunkt“ unter: www.dgb.de/standpunkt

Regelmäßige Newsletter zur Wirtschafts-,
Finanz- und Steuerpolitik „klartext“ und
„standpunkt“ sind zu beziehen über:
www.dgb.de/service/newsletter



Bestellungen bitte über das
DGB-Online-Bestellsystem:
www.dgb-bestellservice.de

Schriftliche Bestellungen NUR für
Bestellerinnen/Besteller ohne Zugang
zum Internet bitte nur schriftlich an:
PrintNetwork pn GmbH
Stralauer Platz 33 – 34
10243 Berlin

